



## Musterbrief an die Kandidat\*innen zur Bundestagswahl 2021

Datum      xx. xx. 2021

### **Eine soziale und ökologische Politik für die Post und Paketbranche**

Sehr geehrte/r Frau Herr Xxxxxxx,

Sie bewerben sich in einem unserer Wahlkreise für ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag.

### **Gern würden wir Ihre Vorstellungen zu einer sozialen und ökologischen Politik für die Post und Paketbranche erfahren.**

Wir, das ist die ver.di-Betriebsgruppe Brief Mainz. Wir sind eine ver.di-Betriebsgruppe bei der Deutschen Post AG, Niederlassung Betrieb Saarbrücken, zuständig für den Bereich der Postleitzahl 55 (Bereich Mainz, Bingen, Alzey, Bad Kreuznach, Idar-Oberstein). In unserem Bereich sind über 2.000 Mitarbeiter\*innen beschäftigt.

Wir möchten, gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen, dass das Lohn- und Sozialdumping in der Post- und Paketbranche als Wettbewerbsvorteil ausgeschlossen wird. Eine Fleischindustrie 2.0 in dieser Branche muss verhindert werden.

Wir möchten, dass die Auftragsvergaben der öffentlichen Hand an Tariftreuerregelungen zu koppeln sind. Auch das Postgesetz muss überarbeitet werden. Tarifliche und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sind zu schützen und die Branche muss bezogen auf die Arbeitsverhältnisse sozial neu ausgerichtet werden. Das gilt auch für ökologische Vorgaben. Der Ressourcenverbrauch der Post- und Paketdienstleister muss minimiert werden. Kurzum – wir halten es für zwingend, dass die Branche sozial und ökologisch neu ausgerichtet wird.

### **Wir wüssten gern, ob Sie als Wahlkreiskandidat diese Position unterstützen?**

Eine flächendeckende, hochwertige Postdienstleistung u.a. mit einer werktäglichen Zustellung muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben. Wir halten es für unabdingbar, dass der Staat auch weiterhin einen prägenden Teil der Aktien hält. Nur so kann verhindert werden, dass die öffentliche Daseinsvorsorge durch die Profitgier von Spekulanten untergraben wird

### **Auch zu diesem Anliegen würden wir gern Ihre Position erfahren.**

Wir möchten, dass sozial abgesicherte und fair bezahlte Arbeitsverhältnisse wieder zur Pflicht werden. Tarifverträge müssen leichter als bisher allgemeinverbindlich erklärt werden. Der Mindestlohn muss arbeitsvertraglich organisiert und schnellstens auf 12,00 € angehoben werden. Sachgrundlose Befristungen müssen ersatzlos gestrichen werden, weil sie eine sichere Familien- und Lebensplanung unmöglich machen. Das unbefristete Arbeitsverhältnis soll wieder zur Regel werden in Deutschland.

### **Sind Sie bei diesen Forderungen an unserer Seite?**

Während der Pandemie haben wir Postler werktäglich alle Haushalte in der Bundesrepublik mit Briefen und Paketen versorgt und zusammen mit anderen Berufsgruppen die Gesellschaft am Laufen gehalten - und dies bei Hitze, Regen, Schnee oder Eis. Die Menge der Pakete, die zu bearbeiten sind, haben seit 1 1/2 Jahren ein Niveau erreicht, wie wir es nur aus der Vorweihnachtszeit kennen. Die Belastung bei den Kolleg\*innen ist seit dem entsprechend hoch. Über den anerkennenden Zuspruch der Bürger und aus der Politik haben wir uns gefreut. Überall haben wir gehört, dass nach der Pandemie intensiv darüber diskutiert werden muss, wie unsere Gesellschaft neu gestaltet werden kann und für die arbeitenden Menschen der verbale Respekt auch konkret erlebbar wird.

Damit das nicht nur „Sonntagsworte“ bleiben, erwarten wir von Ihnen als Bundestagskandidat eines unserer Wahlkreise eine klare Erklärung zu den vorstehenden Positionen.

Ihrer Antwort sehen wir, auch im Namen unserer über 2.000 Kolleginnen und Kollegen, mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Piro  
Vorsitzender der ver.di-Betriebsgruppe  
Brief Mainz